



Niederschrift

45. Plenarsitzung des Gemeinderates
20. Dezember 2022, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

15.

**Punkt 12 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Karlsruhe (Zweitwohnungssteuersatzung - ZwStS)
Vorlage: 2022/2093**

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von der Vorbemerkung Kenntnis und beschließt – nach Vorberatung im Hauptausschuss – die als Anlage 1 beigefügte „Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Karlsruhe (Zweitwohnungssteuersatzung – ZWStS)“.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 12 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 6. Dezember 2022.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir haben bereits 2017 gegen die Einführung dieser Zweitwohnungssteuer gestimmt. Man muss bedenken, Sie bezahlen jedes Jahr das 1,2-fache einer Monatsmiete zusätzlich an Steuern, wenn Sie hier in Karlsruhe Ihren Zweitwohnsitz anmelden. Es war natürlich gedacht, dass die Leute dann ihren Erstwohnsitz anmelden. Das Problem ist aber, dass ich Leute kenne, die hier einen Zweitwohnsitz haben, die sich aufgrund der Zweitwohnungssteuer gar nicht anmelden. Das Problem, was wir sehen, ist, wenn wir dann diesen Steuersatz um 20 Prozent anheben, von 10 Prozent der Jahresmiete auf 12 Prozent, also um 20 Prozent anheben, dann bezahlt man nicht mehr 1,2 Monatsmieten Steuer, sondern man bezahlt 1,44 Monatsmieten Steuer, also deutlich mehr Geld, und dann ist aus unserer Sicht die Motivation, sich gar nicht in Karlsruhe zu melden, noch größer. Wir befürchten, dass dann unter dem Strich weniger Geld übrigbleibt, einfach weil weniger Leute sich mit Zweitwohnsitz anmelden und dann Zweitwohnungssteuer bezahlen. Deswegen halten wir diesen Schritt für kontraproduktiv. Außerdem sind wir der Meinung, dass Steuererhöhungen nichts mit Sparen zu tun haben, und das ist ja genau das Problem in den Ansätzen der Verwaltung. Um den Haushalt zu konsolidieren, ist etwa ein

Viertel der Sparmaßnahmen tatsächlich durch Steuererhöhungen und Abgabenerhöhungen realisiert. Das heißt, nur drei Viertel werden gespart, ein Viertel bedeutet Steuererhöhungen. Damit sind wir nicht einverstanden, und deswegen stimmen wir dagegen.

Stadträtin Böringer (FDP): Es kann nicht sein, dass wir in Zeiten, Sie haben es eben erwähnt, aber dennoch, Energiekrise und Inflation, jetzt auch noch von kommunaler Seite das Wohnen verteuern. Die Erhöhung bringt uns rechnerisch gerade mal 140.000 Euro. Der aktuelle Bevölkerungsbericht hatte gezeigt, dass unter anderem Studierende die Stadt eher verlassen. Sollen jetzt also Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Auszubildende auch noch folgen, freiwillig? Also, wenn wir alle Zweitwohnsitze vertreiben, dann brauchen wir auch die Steuer nicht mehr. Wir sagen eigentlich, Finger weg von Verteuerung beim Wohnen, und das sollte für uns eine klare Maxime bleiben. Hinzu kommt, in der Vorlage heißt es, im Vergleich mit den anderen Stadtkreisen in Baden-Württemberg liegt die Stadt Karlsruhe nach der Änderung des Steuersatzes weiterhin in einem angemessenen Bereich. Es mag sein, dass die Prozentpunkte viel sind bzw. nicht viel sind, aber wir lägen dann über Heidelberg, Stuttgart und Mannheim und hier, Herr Oberbürgermeister, überflügeln wir dann Ihre Heimatkommune. Noch eines, wir können doch nicht heute vor Weihnachten etwas beschließen, was die Menschen direkt nach Silvester bezahlen müssen. Würde es mit den Erleichterungen nur genauso schnell gehen. Ja, wir lehnen die Vorlage ab.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Grundsätzlich tut sich ja die CDU auch immer bei Steuererhöhungen sehr schwer. Allerdings müssen wir dahingehend differenziert vorgehen, und wir sehen die Zweitwohnungssteuer bei 12 Prozent, also inklusive der geplanten Anhebung, immer noch im landesweiten Vergleich mit anderen Städten als recht moderat an. Wir sehen auch, dass die Steuer, die erstmals zum 1.1.2017 in Kraft trat und fällig wurde, seitdem auch gar nicht angetastet wurde von uns. Letztendlich haben wir auch der Verwaltung den Auftrag erteilt, hier im Rahmen der Haushaltssicherung entsprechende geeignete Maßnahmen zu erarbeiten und uns vorzulegen. Wenn wir jetzt hergehen und jede Maßnahme dann wieder canceln, dann wird das am Ende des Tages nichts mit dieser Haushaltssicherung. Also müssen wir da, ob uns das gefällt oder nicht, auch mal die Kröte schlucken und sagen, okay, da gehen wir jetzt mit bei der Zweitwohnungssteuer. Im Übrigen meinen wir auch, es steht ja jedem frei, das zum Erstwohnsitz zu machen und dann umgeht man dies, dann fällt keine Zweitwohnungssteuer an. Das ist ja jedem freigestellt und das ist ein Anreiz, und wir freuen uns ja, wenn wir Bürgerinnen/Bürger haben, die unsere Stadt als Erstwohnsitz annehmen.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Es gibt ja Vorlagen der Verwaltung, die ich dann schmunzelnd zur Kenntnis nehme. Also ich kann mich erinnern, dass wir beim Haushalt 2020/2021 eine Reihe von Anträgen gestellt haben, und ich habe böse Watschen bekommen dafür. Also, da ging es um die Gewerbesteuer, die Grundsteuer. Es war nicht von der Verwaltung, und es waren sehr freundliche Watschen, würde ich behaupten. Es ging um die Vergnügungssteuer und die Zweitwohnungssteuer und lustigerweise sind wir jetzt seit etwa drei Jahren in der Situation, wo wir wesentliche Punkte der Anträge übernommen haben und jetzt schönerweise auch manche Kollegen dem zustimmen. Das zeigt, dass auch manchmal ein linker Antrag einen richtigen Wahrheitsgehalt hat. Das ist schön an der Stelle und erfreulich, dass wir diesen Weg gehen. Das ist auch kein Ausgaben versus Einnahmen, dieses Ausspielen macht keinen Sinn. Man sieht auch später in dem TOP, dass ja ein Großteil der

Einsparvorschläge sogar auf der Ausgabenseite sind und nur ein geringer Teil auf der Einnahmenseite sind.

Die Einnahmemöglichkeiten der Kommunen sind begrenzt, und es gibt so ein paar Argumente, die sind relativ schwierig, wenn man sie einführt. Das erste ist, wenn man sagt, na ja, dann umgehen die Leute die Steuer. Also, mit der Argumentation müssten wir jetzt aufhören, jegliche Steuern in Deutschland zu erheben, würden keine Einnahmen haben, würden den Staat abschaffen, hätten so ein bisschen Anarchismus. Letztendlich bei jedem Gesetz wird es sein, dass manche Leute sich ermutigt fühlen, vielleicht nicht gesetzestreu zu handeln. Das Zweite ist tatsächlich, dass jetzt die Wohnung teurer wird, na ja, wenn man auf die Berechnung der Zweitwohnungssteuer draufschaut, ist es ja abhängig vom Einkommen. Wenn ich ein 250-Euro-WG-Zimmer habe, Nettomiete, zahle ich deutlich weniger Zweitwohnungssteuer, als wenn ich eine 3.000-Euro-Netto-Wohnung irgendwo habe. Ja, dann kann man sich es auch leisten. Also, starke Schultern tragen auch manchmal mehr. Das dritte Argument, das immer kommt, na ja, da werden alle viel belastet. Es ist natürlich so, dass Pendlerinnen beispielsweise befreit werden können. Man kann es als Werbungskosten absetzen bei der Steuererklärung und so weiter und so fort. Also, es gibt viele Mechanismen, die dazu führen, dass die in Wahrheit zu entrichtende Steuer deutlich geringer ist als diese Zahl, die wir jetzt hinschreiben. Also, daher volle Zustimmung von uns zu dieser Steuer, aber natürlich auch zu den nächsten Tagesordnungspunkten.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Ja, für die GRÜNEN kann ich mich CDU und LINKEN anschließen. Wir müssen gucken, dass wir von denen die Steuer nehmen, die leistungsfähig sind, und das sind eben typischerweise diejenigen, die eine Zweitwohnung haben, zumal sie ja eben auch noch viele Ausgaben von der Steuer absetzen können, nicht die Wohnungssteuer, aber andere eben. Die Studierenden können sich jederzeit mit Erstwohnsitz anmelden, und das ist ja auch unser Ziel, kann ich nur noch mal wiederholen. Unser Ziel ist, möglichst viele Erstwohnsitze zu haben, weil wir dann aus dem Steuertopf des Bundes und Landes entsprechend Mittel zusätzlich bekommen, und da erwarten wir die Einnahmen und nicht so sehr aus der Zweitwohnungssteuer.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Mein Redebeitrag hat sich eigentlich erübrigt, weil Herr Honné und Herr Bimmerle genau das gesagt haben, was ich sagen wollte. Es sind nicht die Studierenden, die diese Last tragen, weil die haben ihren Lebensmittelpunkt ohnehin in Karlsruhe und müssten eigentlich ihren Erstwohnsitz auch hier haben. Es sind vor allem Leute, die hochpreisige Wohnungen haben, die sich zwei Wohnsitze leisten können, die die steuerlichen Vorteile mitnehmen. Ich möchte das jetzt nicht weiter ausführen. Unsere Fraktion stimmt dementsprechend natürlich zu.

Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR): Ob das genau das, was der Herr Anton Huber gerade gesagt hat, ob das denn so ist, dann wäre mir das unbekannt, dass es tatsächlich der Faktor ist, aber ich lasse es mal so stehen. Grundsätzlich finde ich es schade, wenn Karlsruhe überall dafür bekannt wird, wir sind überall, was Steuerlast angeht, überall Spitze. Wir haben gewissen Nachholbedarf gehabt bei unserer letzten Runde, aber jetzt sind wir bei der zweiten Erhöhungsrunde, und jetzt kommen wir aber so langsam in Bereiche, wo wir überall top sind, wo wir mit 2 Prozent über Stuttgart sind, und die meisten haben noch 10 Prozent beibehalten. Von der Seite her schlage ich eher vor, wir bleiben bei den 10 Prozent und belassen es dabei. Ich bin in der Tat der Meinung, dass es die Wohnung verteuert, und eben auch vom Image her finde ich es einfach nicht schön, dass wir überall die teuren sind.

Deswegen, wir werden nicht mitgehen an dieser Stelle. Wir halten das nicht für das entsprechende Mittel.

Herr Bettendorf hat heute gesagt, wir haben in erster Linie ein Ausgabenproblem. Wir haben auf wundersame Weise einen sehr guten Haushalt gehabt. Also, mich hat gewundert, dass die Einnahmeseite noch so gut war. Das war ja überraschend gut, aber wir haben ein Ausgabenproblem, und dort müssen wir rein und nicht noch mehr rausquetschen an dieser Stelle.

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Ja, ich würde gerne noch mal zwei Aspekte aufgreifen. Wir hatten ja diskutiert in der Strukturkommission, dass die Zweitwohnungssteuer im Wesentlichen für uns ein Steuerungsinstrument ist, um die Leute zu dem Erstwohnsitz zu aktivieren. Sie wissen, das andere Instrument ist die Erstwohnsitzkampagne und das Zweite ist die Zweitwohnungssteuer, weil über die FAG-Zuweisungen bekomme ich natürlich ein Vielfaches von dem, was wir über diese Zweitwohnungssteuer im Haushalt erwirken könnten. Das ist der eine Aspekt. Herr Dr. Huber hat es gesagt, ich möchte es noch mal hervorheben, die Menschen brauchen es nicht zu bezahlen, wenn sie sich mit dem Erstwohnsitz anmelden. Das steht jedem frei.

Das Zweite ist, da sind die Kollegen und Bürgerinnen und Bürger, Herr Dr. Huber, die sich zwei Wohnungen leisten können und aus steuerrechtlichen Gründen halt dann nicht den Erstwohnsitz anmelden, weil es für sie günstiger ist, steuerrechtlich die Ausgaben entsprechend zu verbuchen. Da, denke ich, sind wir mit 12 Prozent richtig, zumal die anderen Städte auch über die Erhöhung ihrer Zweitwohnsitzsteuer diskutieren. Wir sind jetzt halt in diesem Jahr sehr früh dran. Als Vorschlag für Sie, schon in 23 das zu erheben, wir ziehen ja vor aus dem Paket von der Haushaltskonsolidierung, weil wir sagen, wir brauchen zusätzliche Einnahmen, um unsere Defizite im Ergebnishaushalt weiter zu lindern. Deswegen bitte ich noch mal, werbe ich noch mal, um breite Zustimmung.

Der Vorsitzende: Ich glaube, es gibt auch außer der Steuer gute Gründe, den Erstwohnsitz vielleicht da zu belassen, wo man mit der Familie lebt und wo man arbeitet, und dann lieber Zweitwohnsitzsteuer zu bezahlen, aber liegt an dem Auseinanderklaffen von Arbeitsort und Wohnort. Frau Stadträtin Böringer, die Angst, dass jetzt Auszubildende nicht nach Karlsruhe kommen oder Studierende, das ist genau die Gruppe, die jederzeit in der Lage wäre, sich vom Erstwohnsitz umzumelden. Also, da möchte ich noch mal ausdrücklich dagegen plädieren. Anzunehmen auch der Schwund an Studierenden in den letzten Jahren hat was mit Corona zu tun, weil die Leute dann lieber vom Wohnort der Eltern aus einfach dann die Vorlesungen verfolgen konnten, das wird sich jetzt auch wieder ändern nach meiner Einschätzung. Das hat aber mit der Zweitwohnungssteuer nichts zu tun hier in Karlsruhe. Also, nur dass wir die Dinge nicht zusammenknüpfen.

Gut, wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Annahme.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
9. Januar 2023